

Verkauf E-Transporter: Deutsche Post trennt sich von Streetscooter

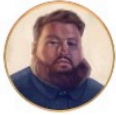
geschrieben von Admin | 7. Oktober 2021

Die Post macht Schluss mit dem Abenteuer Streetscooter und verkauft das Tochterunternehmen an das Odin Automotive aus Luxemburg, das erst Mitte September gegründet worden sein soll. Hauptgesellschafter: Stefan Krause, ehemals Vorstand bei BMW und Deutscher Bank.

Von Holger Douglas

Die nächste Weltverbesserung fällt aus: Die Post hat einen Käufer für ihre Tochtergesellschaft Streetscooter. Die kostete letztlich zu viel Geld, die Post hat sie lange wie Sauerbier angeboten, und jetzt hat offenbar eine neu gegründete Firma aus Luxemburg zugegriffen.

Der elektrisch angetriebene Streetscooter war die Hoffnung für den Transportverkehr der Zukunft. Ein billig zusammengeagelter Blechkasten, immerhin mit einem Sitz ausgestattet. Das Auto kostete nur 5.000 Euro, jubelte seinerzeit die Zeit – allerdings ohne Batterie, die musste dazu gemietet werden.




Argo Nerd
@argonerd



How it started / How it ended

DER TAGESSPIEGEL

MENÜ ABO



Erfolg des Streetscooter
Deutsche Post profitiert vom Diesel-Skandal


10.08.2017, 15:21 Uhr
von [Henrik Mortsiefer](#)

Der Logistikkonzern registriert eine große Nachfrage nach seinem elektrischen Transporter Streetscooter und stockt die Produktionskapazität auf 20 000 auf.

Die Post hält es für möglich, bis zu 100 000 Streetscooter zu produzieren. Der Konzern würde damit auch im Weltmaßstab zu einem ernsthaften Nutzfahrzeughersteller.

welt

ABO



Derzeit umfasst die Post-Flotte rund 17.000 StreetScooter-Modelle – Technikproblemen und hohe Verluste trübten die Bilanz

Quelle: pa/Bernd Wüstne/Bernd Wüstneck

WIRTSCHAFT E-TRANSPORTER

Sieben Jahre Elektro-Odyssee – Post verkauft verlustreichen StreetScooter

05.10.2021
Stand: 16:26 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Von **Gerhard Hegmann**
Wirtschaftsredakteur

Finanziell war das StreetScooter-Geschäft für die Post ein Fiasko. Allein 2020 betrug der Verlust 318 Millionen Euro, nach bereits 115 Millionen Euro Fehlbetrag im Jahr 2019.

10:58 vorm. · 6. Okt. 2021



1.965



46



Diesen Tweet teilen

Mit dem Streetscooter sollte die Zukunft des Zustellwesens beginnen. Mit dem wichtigsten Argument »CO2-frei« und das Klima der Welt rettend, wollten Hochschulprofessoren der Autoindustrie zeigen, wie Autobauen geht. Denn entwickelte hatte das Gefährt der Aachener Maschinenbauprofessor Günther Schuh. Es sollte ein Elektrofahrzeug ausschließlich für den Nahverkehr werden, und er wollte der Automobilindustrie zeigen, wie man preisgünstig ein Auto der Zukunft

herstellt.

Stolz auf der IAA vorgestellt, erntete das wacklige Blechkistlein mit dem kleinen Akku mitleidige Blicke der Fachleute. Die wiesen darauf hin, dass eine ausgefeilte Qualitätssicherung doch keine schlechte Idee sei. Doch das Vorhaben wurde unermüdlich hochgejubelt. Kaum jemand erinnerte sich daran, dass in den 1920er Jahren in Berlin bereits elektrische Postautos hergestellt von den Bergmann-Elektricitäts-Werken umherrumpelten – und eingestellt wurden. Die waren zwar wesentlich einfacher als Verbrennerautos zu bedienen, aber an der Reichweite haperte es gewaltig.

Heute ersetzen zwar Lithium-Ionen-Akkus die Bleiakkus. Doch die Geschichte des Streetscooters ist zugleich eine »heiße« Geschichte. Flammen, Brände und erhebliche Schäden kennzeichnen seinen Weg. Immer wieder gab es mysteriöse Brände. In Herne brannte im Januar vergangenen Jahres ein Fahrzeug auf dem Gelände der Hauptpost ab und beschädigte durch die Hitze des Brandes auch das Gebäude.

In Niedersachsen in Kirchweyhe brennen vier Streetscooter in einem Gewerbegebiet aus und vernichten einen Stromverteilerkasten sowie einen Baum. Im Mai zerstörte in Peine ein Brand sechs Streetscooter, eine Ladesäule und einen weiteren Transporter der Post. Mehr als 12.000 Streetscooter aus dem Baujahr 2014-2019 musste das Kraftfahrtbundesamt zurückrufen und begründete in einer Mitteilung: »Aufgrund einer Beschädigung des Niedervoltspannungsladegeräts sowie Korrosion im Kabelkanal kann es zu einer Rauch- und Hitzeentwicklung und damit Schmor- und Brandschäden kommen.«

Die Zusteller sollen Angst haben, in das Auto einzusteigen, zitiert seinerzeit die *Welt* Zusteller. Ein Postsprecher entgegnete, dass auch viele Elektroscooter einwandfrei fahren würden. Nicht nur mechanische Mängel – die Vorderklappe sollen während der Fahrt aufgegangen sein – sondern auch zu kurze Reichweite machten das Auto unbrauchbar. Zahlreiche Autos blieben im Winter während der Zustellfahrten stehen und mussten von kräftigen Dieselfahrzeugen abgeschleppt werden.

Die Autos hätten sogar eine Sitzheizung und würden jeden Morgen vorgeheizt, entgegnete seinerzeit die Post. Für die war das Elektrowägle ein wichtiges Prestigeprojekt, der Hersteller, die Streetscooter GmbH in Aachen, wurde Tochterunternehmen der Post.

Jetzt also macht die Post Schluss mit dem Abenteuer Streetscooter und verkauft das Tochterunternehmen an eine Firma aus Luxemburg. Wie die *Welt* berichtet, soll das Unternehmen Odin Automotive erst Mitte September gegründet worden sein, und übernimmt alle Anteile an Streetscooter Engineering in Aachen. Hauptgesellschafter ist danach Manager Stefan Krause, ehemals Vorstand bei BMW und Deutscher Bank.

So also endet das neue Hightechzeitalter Deutschlands, noch bevor so richtig begonnen hatte. Was wird bleiben? Noch drei Wochen zuvor wurde

der Streetscooter von der Deutschen Post in den Himmel gepriesen und von einem Ausbau der E-Flotte auf sagenhafte 37.000 Fahrzeuge und 14.000 E-Trikes bis 2025 geschwärmt.

Auf Halde stehen viele dieser Postautos. Ein Recycling wird schwierig werden. Gerade ist ein Recyclingbetrieb für Elektroautos in Kössen in Tirol abgebrannt. Dort lagerten Batterien und Teile von schrottreifen Elektroautos. Ein Elektroauto, das auf der Hebebühne in der Werkstatt stand, fing Feuer, die Batterie brannte lichterloh.

In einem Großeinsatz brachten die sieben eingesetzten Feuerwehren mit 120 Feuerwehrleuten – darunter auch Einsatzkräfte aus Deutschland – erst nach vier Stunden den Großbrand unter Kontrolle. Wie lange die Akkus noch gekühlt werden müssen, sei noch offen. Diese beginnen immer wieder zu brennen, berichtet der Einsatzleiter der Feuerwehr. Darin haben sie Erfahrung. Vor zwei Jahren ging nach einem Unfall ein Tesla in Flammen auf, die Feuerwehrleute mussten das Wrack tagelang in einem wassergefüllten Container kühlen.

Nur Entwickler Günther Schuh trauert seinem »Baby« nach. Das Ende von Streetscooter sei ein Armutszeugnis für Deutschland, und er verweist tatsächlich auf den VW-Chef: »Auch bei uns gibt es die Macher, die das Unmögliche wagen. VW-Chef Herbert Diess ist so einer, der den wahnwitzigen regulatorischen Angriff auf die Autoindustrie beherzt annimmt und das Unmögliche wagt, einen etablierten Markt in unrealistisch kurzer Zeit zu drehen, um damit der ökologisch notwendigen Mobilitätswende eine wirtschaftliche Chance zu geben.«

Der »Proof of concept« steht allerdings noch aus – ebenso wie beim Streetscooter. Nur dürfte das mit einem Verkauf von VW schwieriger werden als beim Streetscooter.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Zehn Jahre nach «Fukushima»: Atomkraft auf dem Vormarsch

geschrieben von Admin | 7. Oktober 2021

Die Kernenergie ist hierzulande als angeblich veraltete Technologie verschrien. International aber setzen immer mehr Länder auf AKW, auch um das Klima zu schonen. Bis 2050 könnten sich die nuklearen Produktionskapazitäten verdoppeln.

von Alex Reichmuth

Der italienische Umweltminister Roberto Cingolani hat an einem Tabu gerüttelt. Er hat durchblicken lassen, dass die Atomkraft für Italien eine Option sein könnte. Das hat ihm einen Sturm der Entrüstung eingebracht – und Morddrohungen.

Nach dem Unglück von Tschernobyl 1986 hat Italien seine drei Atommeiler abgeschaltet. In zwei Abstimmungen – 1987 und 2011 – haben sich die Italienerinnen und Italiener gegen Kernkraft ausgesprochen. Doch jetzt hat sich Cingolani erlaubt, auf die Vorteile der vierten Generation von Atomkraftwerken hinzuweisen die sich weltweit in Entwicklung befindet Atomkraftwerken hinzuweisen, die sich weltweit in Entwicklung befindet.

«Wenn sich irgendwann herausstellt, dass nur wenige Kilogramm radioaktiver Abfälle anfallen, die Sicherheit hoch und die Kosten niedrig sind, wäre es töricht, diese Technologie nicht in Betracht zu ziehen», sagte Roberto Cingolani. Seine Leibwache musste daraufhin verstärkt werden.

Neue Reaktoren in Bangladesch und Ägypten

Ob Italien je wieder in die Atomkraft einsteigt, steht in den Sternen. Tatsache ist aber, dass sich mehrere Länder neu für die Kernenergie entschieden haben – oder sogar schon an Reaktoren bauen. So werden derzeit je zwei Reaktoren in Bangladesch und in der Türkei errichtet. Auch Ägypten und Usbekistan wälzen konkrete Pläne für einen Einstieg in die Kernkraft.

Es gibt zudem eine lange Liste von Ländern, die an der Atomtechnologie zumindest sehr interessiert sind. Zu ihnen zählen Jordanien, Indonesien, Kasachstan, Litauen, Saudi-Arabien,

Thailand und Vietnam. Auch Algerien, Äthiopien, Ghana, Kenia, Laos, Marokko, Nigeria, Philippinen und Ruanda klären ab, ob sie in die Technologie einsteigen wollen.

Keine Todesopfer wegen «Fukushima»

Vor zehn Jahren ereignete sich der Atomunfall im japanischen Fukushima. Gleich bei mehreren Reaktoren kam es zu einer Kernschmelze. Obwohl wegen «Fukushima» kein einziger Mensch ums Leben kam, war der Unfall für die Kernkraft weltweit ein herber Rückschlag. Japan nahm seine ganze Flotte, die aus 54 Reaktoren bestand, vorübergehend vom Netz. Deutschland schaltete mehrere Reaktoren definitiv ab und will bis Ende nächstes Jahr die letzten sechs Atommeiler stilllegen. Die Schweiz beschloss, keine neuen AKW mehr zu bauen. Hierzulande bezeichnen AKW-Gegner die Atomenergie regelmässig als «veraltete Technologie».

Doch die Kernenergie ist heute wieder auf dem Vormarsch. Zum ersten Mal seit dem Unglück von Fukushima hat die Internationale Atomenergie-

Agentur (IAEA) ihre Prognose zum weltweiten Ausbau nach oben revidiert. Bis 2050 könnten sich demnach die Produktionskapazitäten für Atomstrom von heute 392 Gigawatt auf 792 Gigawatt verdoppeln. Das entspricht zumindest dem Maximalszenario im jüngsten Jahresbericht der IAEA (siehe hier).

10 Prozent des Stroms kommen aus der Atomkraft

792 Gigawatt – das sind 10 Prozent mehr, als die Agentur letztes Jahr geschätzt hat. In einem konservativen Szenario der IAEA würde die Produktionskapazität 2050 hingegen auf dem heutigen Niveau bleiben. 2020 stammten rund 10 Prozent des weltweit erzeugten Stroms aus der Kernkraft.

Derzeit befinden sich 52 Reaktoren im Bau, davon 13 in China, 7 in Indien und 4 in Südkorea.

Ende letzten Jahres waren weltweit 442 Atomreaktoren in 32 Länder in Betrieb. Am meisten Reaktoren standen in den USA (94), gefolgt von Frankreich (56) und China (50). 52 Reaktoren befanden sich im Bau, davon 13 in China, 7 in Indien und 4 in Südkorea.

Allgemein wird erwartet, dass der Stromkonsum bis 2050 enorm zunimmt. Eine Verdopplung der nuklearen Produktionskapazitäten würde den Anteil der Atomkraft an der Stromproduktion darum «nur» von 10 auf 12 Prozent steigern. Bleibt die Kernenergieproduktion dagegen auf dem heutigen Niveau, würde ihr Anteil gar auf 6 Prozent fallen.

Polen will fünf Reaktoren bauen

Neu in die Kernkraft einsteigen will auch Polen. Das osteuropäische Land ist heute zu über 70 Prozent von Kohlestrom abhängig und sucht wegen des Klimaschutzes nach Alternativen. Im letzten Februar legte die polnische Regierung ein Strategiepapier vor, gemäss dem spätestens 2026 mit dem Bau eines ersten Reaktors begonnen werden soll. Bis 2043 sollen dann nicht weniger als fünf Reaktoren in Betrieb sein. Gemäss der polnischen Regierung sind AKW die «billigste Energiequelle unter Berücksichtigung der Gesamtkostenbilanz und der Betriebszeit» und könnten die «energetische Sicherheit des Landes» absichern.

Wie die IAEA schreibt, ist eine Verdopplung der Kernkraftkapazitäten bis 2050 nur möglich, wenn sich im Atomsektor neue Technologien durchsetzen. Eine Option sind kleine und modulare Reaktoren. Solche Minireaktoren will etwa die amerikanische Firma TerraPower errichten, die vom IT-Unternehmer Bill Gates gegründet wurde. Unter anderem sieht Grossbritannien den Bau von Minireaktoren vor, um seine ambitionierten Klimaziele zu erreichen. US-Präsident Joe Biden setzt ebenfalls auf die Vorteile solcher kleinen Reaktoren.

China testet einen Thorium-Reaktor

In Zukunft sollen Atomreaktoren auch sicherer werden und weniger Abfälle hinterlassen. Einen entsprechenden Reaktortyp will China in der Stadt Wuwei im Nordwesten des Landes testen. Wie das Fachmagazin «Nature» vor wenigen Tagen berichtete, soll der Testreaktor mit Thorium und Flüssigsalz statt Uran betrieben werden. Wenn das Experiment gelingt, will China bis 2030 einen Reaktor dieses Typs bauen, der genug Strom für eine Kleinstadt liefert.

«Es gibt keine wissenschaftlich fundierten Belege dafür, dass die Kernenergie der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt mehr Schaden zufügt als andere Stromerzeugungstechnologien.»

Joint Research Center der Europäischen Union

In Europa tobt derzeit ein Kampf um die Atomkraft. Während Länder wie Deutschland und Österreich bremsen, haben Frankreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn in einem Brief an die EU-Kommission ihre Unterstützung für die Förderung der Kernenergie betont.

EU-Kommission muss sich für oder gegen Kernkraft entscheiden

Positiv zur Kernkraft geäußert hat sich auch die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission (Joint Research Center, JRC). In einem Bericht vom letzten März schrieb das JRC, es gebe «keine wissenschaftlich fundierten Belege dafür, dass die Kernenergie der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt mehr Schaden zufügt als andere Stromerzeugungstechnologien» (siehe hier).

Die EU-Kommission muss nun entscheiden, ob sie die Atomenergie im Rahmen ihrer grünen Finanz-Taxonomie für Investitionen empfiehlt. Offenbar tut sich die Kommission mit der Entscheidung schwer, denn dieser wird schon seit einigen Monaten erwartet. Er ist nun aber für November angekündigt.

Der Beitrag erschien zuerst im Schweizer Nebelspalter hier

Das IPCC – das „International Panel on Climate Change“ – der

„Weltklimarat“ – im Dienste der Politik, nicht der Wissenschaft

geschrieben von Admin | 7. Oktober 2021

von Hans Jankowiak

Vorwort

Das „(un)bekannte“ („Un“)Wesen des IPCC – International Panel on Climate Change – ,der „Weltklimarat“ – ein „weiser“ Ratgeber in Klimafragen????

(Als ich mich in das Wirken des IPCC vertiefte, lag der AR 6-WG I noch nicht vor. Meine Betrachtung hat als Grundlage im Wesentlichen den AR 5 im Blick)

„Summary for Policymakers“(!?)

Das IPCC ist weder eine wissenschaftliche Organisation noch ein weiser Weltklimarat **sondern der Steigbügel, das Trittbrett für die Umverteilung des Weltvermögens durch die UNFCCC – die United Nations Framework Convention on Climate Change – mit dem Paris Agreement 2015 als derzeitigem Hauptwerk.**

Wer (oder was) hat den kleinen Inselstaat Malta, ins besonders seinen damaligen Präsidenten Vincent „Censu“ Tabone, dazu angetrieben, den Großen dieser Welt im Jahre 1988 den Vorschlag zu unterbreiten über **„Conservation of climate as a part of the common heritage of mankind“** ?

So steht es an erster Stelle der UN-Resolution 43/53 [1] vom 06. Dec.1988, der „Geburtsurkunde“ des IPCC.

(Diplomatische Politik hat viel (meistens ??) mit dem römischen do ut des, mit Geben und Nehmen, mit Leistung und Gegenleistung zu tun. Diese Beweggründe habe ich in diesem Falle leider nicht im Internet herausfinden können.)

Denn unter Punkt 5 wurde offiziell ein „Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC“ gebilligt, der seit 1985 entwickelt wurde durch die „Advisory Group on Greenhouse Gases“, dem „International Council of Scientific Unions – ICSU“, dem „United Nations Environment Programme - UNEP“ und der „World Meteorological Organisation – WMO“

Aber ist das IPCC überhaupt ein weiser, selbstloser und strikt neutraler „Weltklimarat“, der reine wissenschaftliche Sachstandsberichte zum Thema „Klimawandel, Klima-änderungen“ herausgibt?

So jedenfalls sieht die Darstellung in der deutschen Wikipedia aus.[2]

Doch „Panel“ – sagt die dictionary. cambridge.org „ist eine **ausgewählte** Personengruppe, die etwas **diskutieren, untersuchen** soll.“

Und **Assessment Reports** sind **keine Sachstandsberichte**, sondern **Einschätzungs-berichte**, also wie das IPCC die Dinge einschätzt, eine **Meinung** des IPCC.

Aber was kann/soll/muss das IPCC hervorbringen? Oder besser, was kann/soll/darf es keinesfalls hervorbringen?

Die englische Wiki [3] ist da schon offener. Sie weist u.a. sinngemäß auf Absätze der Resolution 43/53 hin

- ... gewisses menschliches Handeln könnte globales Klima ändern
- ... weiteres Ansteigen der atmosphärischen Konzentration mit `greenhouse gases` könnte `global warming` hervorrufen

Weiter heißt es sinngemäß unter Punkt 8 der Resolution 43/53 [1]

„zu Konferenzen über Klimawandel zusammen zukommen – besonders über `global warming` - , um alle Gesichtspunkte des Klimawandels, die durch menschliches Handeln herrühren, besser der internationalen Gemeinschaft sorgsam vor Augen zu führen“.

Mit anderen Worten

- **das IPCC soll/muss die anthropogenic global warming dokumentieren**
- **das IPCC kann/soll/muss auf keinen Fall andere mögliche natürliche Ursachen eines Klimawandels aufzeigen**
- **sind andere mögliche natürliche Ursachen nicht zu unterdrücken, zu vermeiden, so sind sie als unbedeutend darzustellen**

Wie sieht die Arbeitsweise des IPCC aus? (siehe englische Wiki) [3]

Das Panel selbst ist zusammengesetzt aus Repräsentanten, die **durch die Regierungen ernannt werden**. Plenarsitzungen des IPCC und der Working Groups finden auf der Höhe von **Regierungs-Repräsentanten** statt

Tausende von Wissenschaftlern und andere Experten bringen zwar auf **freiwilliger (voluntary)** Grundlage Beiträge ein, was aber **nicht** gleichbedeutend ist mit „**ehrenamtlich, unentgeltlich**“, denn alle stehen in Diensten und die allermeisten in Staatsdiensten und beziehen ein Einkommen. (*Und sie werden ihre Beiträge nicht gerade in ihrer Freizeit erstellen?*)

Diese Beiträge werden darüber hinaus durch die **Regierungen** kritisch durchgesehen, revidiert, nachgeprüft (also „zensiert“). Die „Summary for Policymakers“ wird z.B. Satz für Satz einer **Genehmigung** durch Delegierte

aller teilnehmenden **Regierungen** unterzogen. Im Fifth Assessment Report – AR 5 – [4] ist die Zahl der Reviewers/Government Reviewers (also der „Aufpasser, Zensierer“) in jeder Working Group stets größer als die Zahl der Authors!!!!

Aber nicht jeder Wissenschaftler und nicht jeder Experte wird zu einem Beitrag zugelassen. Sie müssen hinter den Anforderungen (der Politiker, den Regierungen) stehen, dass der Mensch das Klima beeinflusst. (siehe englische Wiki) [3] :

„Authors for the IPCC reports are chosen from a list of researchers prepared by governments and participating organisations, and by the Working Group/Task Force Bureaux,.....“

Darum finden wir in den Anhängen (Annex) unter den Authors und Reviewers so klangvolle Namen von Dres. Kevin Trenberth, John Fasullo, Stefan Rahmstorf, Ottmar Edenhofer, Hans von Storch, Jochem Marotzke und finden keine Namen von so klangvollen Namen von Dres. Theodor Landscheidt, Gerhard Gerlich, Ralf Tscheuschner, Nir Shaviv, Nils-Axel Mörner, Henrik Svensmark.

Und darum verstehen wir auch, dass und warum Dr. Richard Tol (Niederlande, seit 1994 für das IPCC tätig) sich im Jahre 2013 aus dem IPCC zurückzog. [5] Sein Hinweis in der Summary for Policymakers, dass viele durch jeden – auch natürlichen – Klimawandel verursachten Bedrohungen das Ergebnis von Missmanagement und Unterentwicklung sind, passte nicht zum alleinigen Grund „anthropogenic global warming.“

Und die große Masse der Wissenschaftler und Experten sind z.B. Politologen, Soziologen, Biologen, Geologen, Glaziologen, Hydrologen, Mediziner, Vertreter von Industrie-verbänden, von NGO`s z.B. Germanwatch, Greenpeace, von Ministerien (Umweltministerium, Umweltämter), von Religionen, ja auch Meteorologen sind vertreten.

Aber die Wissenschaftler der eigentlich grundlegenden Disziplin für das Klimageschehen , nämlich der Physik, bilden eine „Hand voll“ im Vergleich zur gesamten Zahl.

Das ist nicht verwunderlich. Denn das IPCC soll nicht nur das anthropogenic global warming herausarbeiten, sondern auch den Zielen der UNFCCC – der United Nations Framework Convention on Climate Change – [6] zuarbeiten:

„The Parties to this Convention

Concerned that human activities have been substantially increasing the atmospheric concentration of greenhouse gases, that these increases enhance the natural greenhouse effect, and that this will result on average in additional warming of the Earth`s surface and atmosphere and may adversely affect natural ecosystems and humankind,

Noting that the largest share of historical and current global emissions of greenhouse gases has originated in developed countries, that per capita emissions in developing countries are still relatively low and that the share of global emissions originating in developing countries will grow to meet their social and development needs,“

usw, usw – siehe UNFCCC [6] und die agreed Articles. (Und dort geht es bekanntlich auf mehrere Articles verteilt in der Hauptsache um Geld, das von den entwickelten Ländern aufgebracht und zu den zu entwickelnden Ländern verteilt werden soll.)

Und somit liefert laut englische Wiki [3] das IPCC als

Beispiel im „IPCC Fifth Assessment Report“ von 2014

- in Working Group I „The Physical Science Basis“ : Human influence on climate system is clear. It is extremely likely (95-100% probability) that human influence was the dominant cause of global warming between 1951 and 2010“
- in Working Group II „Impacts, Adaption and Vulnerability“ : Increasing magnitudes of [global] warming increase the likelihood of severe, pervasive, and irreversible impacts“
- in Working Group III „Mitigation of Climate Change“ : Without new policies to mitigate climate change, projections suggest an increase in global mean temperature in 2100 of 3,7 to 4,8 °C, relative to pre-industrial levels.“

Zusammengefasst und auf den Punkt gebracht heißt dieses

- Working Group I sagt, dass die Menschen (der entwickelten Länder) die Verursacher des anthropogenic global warming sind,
- Working Group II erzeugt Ängste durch Aufzählung von Bedrohungen, die durch die Ergebnisse der Working Group I unvermeidbar sind, wenn sie nicht durch die von der
- Working Group III vorgeschlagenen Abwendungsmaßnahmen gelindert, vermindert, gemäßigt (mitigate) werden

Und da die Abwendungsmaßnahmen nicht durch gutes Zureden, sondern nur durch den Einsatz von GELD (der entwickelten Industriestaaten) durchgeführt werden können, sind die Working Group II und III der wichtigste Teil des Assessment Reports!!!

Das erkennen wir bei der Betrachtung der Listen der Authors, Reviewers and Government Reviewers der einzelnen Working Groups im AR 5.[4]

Von insgesamt genannten rd. 6140 Namen betreffen rd. 1870 die Working Group I, rd. 2230 die Working Group II und rd. 2040 die Working Group III.

Und sie kommen in der Working Group I aus 102 Ländern, Working Group II aus 103 Ländern und **Working Group III aus 159 Ländern!!!!**

Wenn es um Geld geht, wollen alle dabei sein!!!!

Und bei genauerer Betrachtung fällt ins Auge

- **die USA, das Vereinigte Königreich Great Britain und Deutschland zusammen bestreiten rd . 40% der gesamten Personalkosten des IPCC-Assessment Reports**
- allein die USA bestreiten schon rd. 25% der gesamten Personalkosten des IPCC-Schrifttums, gefolgt von **Deutschland mit rd. 8%** und Great Britain mit rd. 7%
- bezogen auf eine Million Einwohner steht Great Britain mit 8 Authors/Reviewers an erster Stelle, gefolgt von Deutschland mit 6 Authors/Reviewers und USA mit 5 Authors/Reviewers

Mit anderen Worten: USA, Great Britain und **Deutschland** beherrschen das IPCC!!!!

Und in Deutschland leistet von rd. 385 genannten Authors/Reviewers **allein** der private eingetragene Verein – das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung – PIK – e.V. (Co-Chairman Dr. Ottmar Edenhofer) und das Mercator Research Institut on Global Common and Climate Change – MCC – gGmbH (Direktor Dr. Ottmar Edenhofer) **mit rd. 60 Namen immerhin rd. 15% des deutschen Anteiles zusammen** auf Seiten der Authors (Beispiel Dr. Stefan Rahmstorf, Dr. Helga Weisz, Dr. Gunnar Luderer, und weitere) als auch auf Seiten der Reviewers (Beispiel Dr. Stefan Rahmstorf, Dr. Helga Weisz, Dr. Gunnar Luderer, und weitere).

(Man sehe es mir nach und verzeihe mir meine Meinung: „Honi soit qui mal y pense – Beschämt sei, wer schlecht darüber denkt!“) (Devise des Hosenbandordens)

Einfügung nach Erscheinen des AR 6-WG I

Das IPCC beschreitet nunmehr – so erscheint es mir – aktuell einen abweichenden Weg.

1. *Die Zahl der Reviewers ist drastisch gesunken. Im AR 5 war die Zahl der Reviewers stets größer als die Zahl der Authors. (z.B. WG I im AR 5 Zahl der Authors rd. 790, Zahl der Reviewers rd.1080. WG I im AR 6 Zahl der Authors rd. 800, Zahl der Reviewers rd. 40 – also nur noch rd.5% der Authors.*
2. *Die Authors/ Reviewers werden z.T. mehreren Ländern zugeordnet*
3. *Es werden nicht mehr die Dienstherren (Uni`s, NGO, Ämter, Firmen, usw.) bei den Namen aufgeführt*

So ist der „Beitrag“ der einzelnen Nationen nicht mehr ganz „lupenrein“ nach zu vollziehen. Trotzdem lässt sich noch abzählen, dass auch diesmal die USA, Great Britain und Deutschland mit rd. 35% der Authors das IPCC beherrschen!!!

Und im deutschen Anteil beherrschen die Max-Planck- Institute mit rd 25%

und PIK/Mercator mit rd. 15% die dies malige deutsche „Klimabühne“ des IPCC.

Übrigens

- die Bezeichnung „Weltklimarat“ findet sich nur im deutschen Sprachraum
- der Inselstaat Malta als „Anstifter“ hat noch nie einen Beitrag zu den Assessment Reports beigetragen.
- Taiwan wird „politisch korrekt“ als **Taiwan, China** bzw. als **Taiwan, Republic China** bezeichnet.
- Deutschland stellt rd. 1% der Weltbevölkerung, „pustet“ rd. 2% des jährlichen CO₂ weltweit in die Atmosphäre und „bezahlt“ dafür rd. 8% des IPCC-Schrifttums

„Summary for Policym..... siehe oben“

PS

Auch bei diesem Beitrag gilt:

Meine Quellen beschränken sich auf Bücher, Zeitschriften und das allumfassende Internet.

Ich kann also nicht behaupten – und behaupte auch nicht – dass die Schilderung mit den darin handelnden Personen so verlief, wie ich sie schildere. Sie stellt somit meine Meinung, meine Sicht auf die Dinge dar – auch die Eingangsfrage betr. Malta.

Quellenangaben:

[1] UN-Resolution 43/53: <https://digitallibrary.un.org/record/54234>

[2] IPCC :

https://de.wikipedia.org/wiki/Intergovernmental_Panel_on_Climate_Change

(Version 01.12.2020)

[3] IPCC :

https://en.wikipedia.org/wiki/Intergovernmental_Panel_on_Climate_Change

(Version 13.11.2020)

[4] IPCC : Fifth Assessment Report

https://archive.ipcc.ch/publications_and_data/publications_and_data_reports.shtml

[5] Dr. Richard Tol : <https://kaltesonne.de/news-10-xxx/>

[6] UNFCCC : <https://unfccc.int/documents/36938>

– 5 –

Thomas Eisinger weiß, was die Grünen wirklich wollen

geschrieben von Admin | 7. Oktober 2021

von Edgar L. Gärtner

Der bislang als Internet-Unternehmer und Business-Coach tätige Augsburger Thomas Eisinger (58) ist während des Covid-Lockdowns unter die Schriftsteller gegangen. Seit kurzem liegt sein erstes Opus, ein Zukunfts-Roman von fast 550 Druckseiten vor. Das Werk trägt den Titel „Hinter der Zukunft“ und den Untertitel „Near Fiction“. Damit wollte der Autor wohl nicht nur andeuten, dass seine Geschichte schon in naher Zukunft spielt, sondern auch, dass es sich dabei nicht um eine Dystopie handelt. Denn vermutlich ist ihm bewusst, dass Dystopien nach dem Muster von George Orwells „1984“ in der Politik eher als Gebrauchsanweisung denn als Abschreckung gebraucht werden. Und so hat er eine Geschichte mit lustigen Passagen erfunden, die so leicht niemand nachmachen oder missbrauchen kann.

Thomas Eisinger malt zunächst schlicht aus, wie Deutschland aussähe, wenn das aktuelle Programm der Grünen und die Forderungen der hüpfenden „Pennäler*innen“ von Fridays for Future sowie der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 24. März 2021 buchstabengetreu umgesetzt würden. Das BVerfG hat in diesem Beschluss der Klage einiger prominenter Einzelpersonen wie des Schauspielers Hannes Jaenicke und der Fridays-for-Future Aktivistin Luisa Neubauer sowie von Alarmisten-Gruppierungen wie Germanwatch, Deutsche Umwelthilfe (DUH) Greenpeace und BUND stattgegeben und das deutsche Klimaschutzgesetz vom 12. Dezember 2019 für verfassungswidrig erklärt. Weshalb dieses ohnehin schon wahnwitzig strenge Gesetz über die Reduktion des Ausstoßes von Kohlenstoffdioxid (CO₂) am 24. Juni 2021 noch einmal verschärft wurde. Nun soll Deutschland schon im Jahre 2045 statt zuvor in 2050 „CO₂-neutral“ werden. Bis zum Jahre 2030 soll der CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 um 65 Prozent sinken. Das BVerfG gibt der Politik ein festes CO₂-Budget

von 6,7 Gigatonnen vor, das bis 2045 in kleinen Raten genutzt werden darf. Das legt es nahe, dieses Budget auf die Einzelpersonen herunterzuberechnen.

Gerade damit beginnt Thomas Eisingers Plot: Jedem Bürger wird ein CO₂-Lebensbudget zugeteilt, das in digitale Währungseinheiten („Coins“) aufgeteilt wird. Bargeld gibt es nicht mehr. Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von monatlich 3.000 Coins reicht das Budget genau für 65 Jahre. Ein nicht abnehmbares intelligentes Armband, genannt „*der gute Helfer*“, das ständig mit der „Cloud“ verbunden ist, überwacht, ob die Coins für solidarische oder unsolidarische Aktivitäten verwendet werden und teilt automatisch Belohnungen oder Bestrafungen aus. Kinderlosigkeit wird mit 100.000 Extra-Coins belohnt, die Zeugung eines dritten Kindes wird mit dem Abzug von 500.000 Coins (umgerechnet etwa 14 Lebensjahren) bestraft. Harte Strafen gibt es auch für Fleischverzehr und andere unerwünschte Lebensäußerungen. Ein *Amt für Scham und Schande* zieht die Untertanen der Klima-Kanzlerin Milena Grosse-Strümpel dafür zur Rechenschaft. Das Ministerium für De-Industrialisierung treibt seit dem Lockdown von 2020 unter dem Slogan „*Build back better*“ die Verwandlung Deutschlands in ein Agrarland voran. Arbeitslosigkeit gibt es nicht mehr. Wer keine Kopfarbeit in der Bürokratie bzw. in einem Nachhaltigkeits-Institut oder Handarbeit in der Landwirtschaft verrichtet, muss aufs Tretrad, um acht Stunden täglich Öko-Strom zu erzeugen. Denn es gibt keine Kraftwerke mehr.

Jeder darf monatlich nur maximal zehn Unbekannten näher als 1,50 Meter kommen. In der Justiz gilt die generelle Beweislastumkehr: Jeder ist so lange schuldig, bis er seine Unschuld bewiesen hat. Alle Menschen über 45 Jahre gelten als „Zukunftsvernichter“, abgekürzt *ZuVis*. In Form der Stimmengewichtung nach dem verbliebenen CO₂-Budget werden die Jüngeren auch bei Wahlen bevorzugt. Die Stimme eines 13-jährigen Kindes hat etwa das vierfache Gewicht der Stimme eines 60-Jährigen. Die schon länger hier Lebenden, deren Zahl um etwa die Hälfte geschrumpft ist, dürfen sich die Langweile in dem durch moralische Erpressung völlig gleichgeschalteten Deutschland durch Computerspiele in der „Cloud“ vertreiben. Dafür dürfen sie eigenen Solarstrom und kleine Speicher nutzen. Abends wird der Strom abgestellt. Jedem CO₂-Erzeuger (ehemals Menschen) stehen nur 25 Quadratmeter Wohnfläche zu. Wer sich eine größere Wohnung leistet, bekommt das von seinem Lebensbudget abgezogen. Flüge und motorisierter Individualverkehr sind Normalsterblichen nicht mehr zugänglich. Für die hinter hohen Mauern in großem Komfort lebenden Regierenden gilt das alles freilich nicht. Die Landesgrenzen sind zwar offen, können aber wegen der Stromschläge des „guten Helfers“ nicht lebend übertreten werden. Es gilt die Devise: „*Freiheit ist Egoismus*“. Ein Realitätssicherungsgesetz und eine „Fakten-Anstalt für korrekte Erkenntnisse“, abgekürzt *FAKE*, sorgen dafür, dass die offizielle Wahrheit nicht durch „Faktenhetze“ ins Wanken gerät. Das Grundgesetz beginnt nun mit dem Satz: „*Die Würde des Planeten ist unantastbar.*“ Der „gute Helfer“, der alle Lautäußerungen seines Trägers in der „Cloud“ registriert und mithilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) analysiert,

schafft es allerdings nicht, Hetze und Ironie zu unterscheiden, weshalb die allermeisten Untertanen auf Humor verzichten.

Eisinger schafft das Kunststück, aus diesen tristen Zutaten dennoch eine amüsante Story zu basteln. Deren Held ist der gerade 18-jährige Gamer Robin Hochwaldt. Dank seiner strategischen Begabung bringt es Robin zur Meisterschaft im Spielen und zu einer Fan-Gemeinde in Millionenzahl. Als eines Tages ein Super-Game mit einem Preisgeld von einigen Hunderttausend Coints ausgeschrieben wird, beschließt Robin, alles daran zu setzen, um zu gewinnen und die gewonnenen Coints seinem geliebten Großvater Kurt zu vermachen, dessen CO2-Budget zur Neige geht. Um zu gewinnen, muss Robin den Avatar der Klima-Kanzlerin besiegen. Das gelingt ihm nur, weil Opi Kurt ihm heimlich Strom aus einem versteckten Notstrom-Aggregat liefert. Als das herauskommt, wird Kurt abgeholt und in ein geheimes Wald-Lager verschleppt, wo er mit Tausenden anderen seinem Schicksal überlassen wird. Robin wird jedoch wegen seines Spiel-Erfolgs zum Spitzenkandidaten der neuen Partei *Jugend für Zukunft*. Aufgrund der Stimmengewichtung nach dem CO2-Budget gewinnt er unerwartet die Wahl gegen die amtierende Kanzlerin Grosse-Strümpel. Da Robin politisch völlig unerfahren ist, macht er Grosse-Strümpel zu seiner beratenden Vizekanzlerin und belässt ihr das Klima-Ressort. „Gefühle wie Mitleid oder Solidarität gehören ausschließlich dem Planeten, nicht alten Zukunftsvernichtern“, lässt Grosse-Strümpel Robin in einem Streitgespräch wissen.

Um Robin, der nicht nur für seinem Opi starke Gefühle aufbringt, wäre es wohl bald geschehen gewesen, hätte sich ihm nicht neben seinem treuen Freund Viktor, einem Russlanddeutschen mit viel gesundem Menschenverstand, die mutige Carla Baudis, eine in ihrem ersten Leben weit gereiste ehemalige Abteilungsleiterin des *Amtes für Schuld und Scham*, als Beraterin angeboten. Carla waren bei ihrer Tätigkeit verbotene Klima-Bücher wie „Die kalte Sonne“ oder „Unerwünschte Wahrheiten“ in die Hände gefallen und hatte diese auch gelesen. So konnte sie Robin Schritt für Schritt über den Klima-Schwindel aufklären und ihm die 10 Regeln der Macht enthüllen. Es kommt daher zu einem dramatischen Machtkampf, dessen Einzelheiten ich hier nicht verraten möchte. Nur so viel: Carla wird bald von Grosse-Strümpel und dem Chef des Geheimdienstes gezwungen, dem Planeten das „große Geschenk“ zu machen, indem man sie mit CO2 einschläfert. Tausende andere auf das CO2-Sparen reduzierte Menschen machen dem Planeten das „große Geschenk“ freiwillig, um sich selbst zu erlösen. Doch am Ende bekommt Robin anlässlich eines pompösen Besuchs des „Klima-Papstes“ die Gelegenheit, den Deutschen in einer über alle Kanäle übertragenen Rede reinen Wein über den Klima-Schwindel einzuschenken. So erweist sich seine Wahl als Betriebsunfall, der das totalitäre Herrschaftssystem zum Einsturz bringt und der Menschlichkeit wieder zum Durchbruch verhilft.

Thomas Eisinger: **Hinter der Zukunft**. Roman. Near Fiction. Nova MD GmbH, Vachendorf. 448 S. € 16,90. (e-Book € 7,99) ISBN : 978-3-96966-861-0

Es kommt wie bestellt: Chemische Industrie warnt – Werke müssen womöglich heruntergefahren werden

geschrieben von Admin | 7. Oktober 2021
von Holger Douglas

Dramatische Meldungen aus dem Energiesektor kommen nicht mehr nur aus Großbritannien. Auch in Deutschland werden womöglich Anlagen heruntergefahren, weil die Energiepreise in Rekordhöhen klettern.

Jetzt schlägt die chemische Industrie in Deutschland Alarm. »Die Preisexplosion an den Energiemärkten nimmt dramatische Ausmaße an«, teilte jetzt Christof Günther mit, energiepolitischer Sprecher des Verbandes der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Nordost. »Insbesondere das mittlerweile erreichte Niveau der Erdgaspreise droht für unsere Betriebe zur Existenzfrage zu werden.«

In Ostdeutschland drohten Abschaltungen von Anlagen, so Günther: »In unserem Verbandsgebiet stehen Unternehmen bereits kurz davor, die Notbremse zu ziehen und Anlagen herunterzufahren. Diese Entwicklung muss ein Weckruf an die Politik sein. Wenn sich die Energiepreise vervielfachen, dann ist das kein Betriebsrisiko, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Deutschland ist trauriger Spitzenreiter in der EU, was die zusätzliche Belastung der Energiekosten durch Steuern und Abgaben angeht. Hier muss politisch angesetzt und für die dringend nötige Entlastung gesorgt werden. Diese Entlastung muss mehr sein als ein Tropfen auf dem heißen Stein.«

So überlegt der deutsche Düngemittelhersteller, SKW Piesteritz, die Notbremse zu ziehen und Anlagen herunterzufahren, die ein Minus einbringen.

Günther: »Für unsere Industrie und unsere Arbeitsplätze kommt die Energiepreisentwicklung zur absoluten Unzeit, denn das politische Berlin dreht sich zurzeit hauptsächlich um Vorsondierungen. Die Europäische Union will zwar mit einer „Toolbox“ helfen, ob diese zeitnah und unbürokratisch Wirkung zeigt, bleibt zweifelhaft. Der Transformationsprozess hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft wird hohe Investitionskosten verursachen. Wenn die Strompreise weiter aus dem Ruder laufen, sind diese Investitionen in Gefahr. Gleichzeitig droht aus den hohen Strompreisen eine Rückbesinnung zur Kohle zu werden. Eine solche Rolle rückwärts ist für das Klima nicht wünschenswert. Die

Politik ist aufgefordert, sich schnell zu sortieren und sich in der Geopolitik nicht weiter wegzuducken.«Seine Forderung: »Wir brauchen Sofortmaßnahmen, damit unsere Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben und gleichzeitig die Arbeitsplätze in unserer Hochlohnbranche erhalten können.«

Fast 30 Prozent des deutschen Energieverbrauches entfallen laut Statistischem Bundesamt auf die chemische Industrie. Wie viele andere Verfahren so ist beispielsweise die Düngemittelherstellung ein sehr energieintensives Verfahren. Etwa 80 Prozent der Produktionskosten von Stickstoffdünger machen die Energiekosten aus. Kein Wunder, dass Hersteller ihre Fabriken abschalten müssen, wenn die Energie zu teuer wird.

So berichten Landwirte, dass derzeit fast kein Dünger mehr geliefert werden kann. Einer der wichtigsten Hersteller, der norwegische Düngemittel- und Industriechemikalienkonzern Yara reduziert ebenfalls aufgrund der hohen Erdgaspreise seine Produktion von Düngemitteln. Die Preise für Stickstoffdünger sind bereits seit Mitte Mai um rund 20 Prozent angestiegen. Ein Grund: In Indien, dem weltweit wichtigsten Importeur von Stickstoffdünger, besteht eine starke Nachfrage. Weiterhin hat China wesentlich weniger Dünger exportiert, um die wachsende Nachfrage im eigenen Land zu bedienen. Ansonsten zählt das Land zu den größten Exporteuren.

Landwirte in Deutschland berichten gegenüber TE, dass sie keinen Dünger mehr bekommen. Sie erwarten zudem Preissteigerungen bis zu 40 Euro für einen Doppelzentner, das ist fast doppelt so viel wie bisher. Für einen mittleren Landwirt mit einer Fläche von 400 Hektar bedeuten das 24.000 Euro Mehrkosten im Jahr allein für den Dünger. Die Getreidepreise werden dann entsprechend weiter steigen.

Eine weitere Folge wird sein, dass Stickstoffdünger künftig aus Fernost kommt. Dort sind die Energiekosten günstig, die Hersteller müssen keine irrsinnigen CO₂-Steuern bezahlen. Das bedeutet für europäische Hersteller, dass sie weg vom Fenster sind.

Energie ist eine der entscheidenden Größen eines Landes. Sie muss preisgünstig und verfügbar sein. Wer sie künstlich verknappt und teuer macht, kann zusehen, wie Unternehmen dicht machen müssen und ein Industrieland zerstört wird. Ein Experiment, das es in dieser Form selten gegeben hat.

Doch erstaunlicherweise trägt sogar die chemische Industrie dazu bei, indem sie auf solche Wahnsinnsprojekte wie eine »Energiewende« setzt und fordert, sie dürfe nicht scheitern. Unsinnsbegriffe wie »Decarbonisierung« und »Klimaneutralität« gehen ihr mittlerweile genauso flüssig über die Lippen wie der verflorenen Umweltministerin Schulze und ihren Gefolgsleuten.»Wir brauchen brutal günstigen Strom und das in unvorstellbaren Mengen«, betonte noch im Frühjahr der Geschäftsführer

des Verbands der Chemischen Industrie (VCI), Wolfgang Große Entrup, bei der Vorlage der Jahresbilanz. Wenn die Industrie keine wettbewerbsfähigen Preise für Strom aus erneuerbaren Energien bekomme »und die auch noch vierundzwanzig Stunden am Tag, sieben Tage die Woche«, werde sie den Umbruch nicht schaffen.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Nachtrag der Redaktion.

Obwohl diese Entwicklung seit über einem Jahrzehnt vorgezeichnet und damit deutlich erkennbar war, hat die chemische Industrie lieber opportunistisch mit den Wölfen geheult. So schon im Oktober 2010 anlässlich der Vorstellung des „Energiekonzeptes“ durch den damaligen Umweltminister Röttgen, zusammen mit seiner Kollegin von den Grünen Bärbel Höhn. „Zwischen uns beide passt in diesen Fragen kein Blatt Papier“ sagte Röttgen damals sinngemäß. Unser VP Michael Limburg machte in einem persönlichen Gespräch anschließend den Abteilungsleiter Energie beim VCI Jörg Rothermel auf die verheerenden Folgen dieser Politik auch für seine Industrie aufmerksam. „Gibt es keine Chemie-Industrie mehr in diesem Land, dann gibt es auch keinen VCI mehr“. Die Antwort darauf: Schweigen. Mehr dazu hier.

Und ein paar Monate später später, als BASF Chef Hambrecht als Mitglied der „Ethik-Kommission“ dem Atomausstieg, wenn auch „konditioniert“ zustimmte.